

GEBÄUEMODERNISIERUNGSGESETZ TREIBT MENSCHEN IN DIE HEIZKOSTENFALLE

Darum geht's

Mit der letzten Novelle des Gebäudeenergiegesetzes (GEG) haben wir Grüne im Bundestag den Umstieg auf erneuerbare Wärme eingeleitet. Seit dem 1. Januar 2024 gilt, dass jede neu eingebaute Heizung mit mindestens **65 Prozent erneuerbarer Energie** laufen muss. So sollte bis 2045 das Heizen komplett erneuerbar werden und bezahlbar bleiben. Doch genau diese Regeln möchte Schwarz-Rot nun streichen. Die Koalition schafft damit Planungsunsicherheit, Kostenfallen und gefährdet die Klimaziele.

Stattdessen will Schwarz-Rot mit ihrem Gebäudemodernisierungsgesetz (GMG) nun mit der Greenwashing-Treppe eine neue Regel einführen, dass ab 2029 für neue Öl- und Gasheizungen **10 Prozent „grüne“ Gase** (dazu zählt auch erdgasbasierter Wasserstoff) und „grünes“ Öl beigemischt werden sollen. Dieser Anteil soll bis 2040 stufenweise ansteigen. Eine Wärmeversorgung, die 2040 noch zu 40 Prozent auf fossilen Energieträgern basiert, ist mit dem Pfad zur Klimaneutralität 2045 schlicht nicht vereinbar.

Für bestehende Heizungen soll ab 2028 eine **Luxus-Gas-Quote dem Erdgas beigemischt werden** – das teuer produzierte Luxus-Gas aus Biomethan, Wasserstoff oder anderem Ursprung steht nicht ansatzweise in nötiger Menge zur Verfügung. Und niemand weiß, wo es herkommen soll und was es kosten wird. Damit baut die Bundesregierung ein **Luftschloss** und schickt die Verbraucher*innen in die Heizkostenfalle.

Unsere Botschaften

**Die Bundesregierung treibt die Menschen in die Heizkostenfalle!
So wird Klimaschutz und günstiges Heizen ausgebremst, während künftig mehr Menschen teure Öl- und Gasrechnungen drohen.**

1. Mit diesem Gesetz droht ein Nebenkostentsunami für Mieterinnen und Mieter.

Mietende können die Wahl ihres Heizungssystems nicht beeinflussen, leiden aber am stärksten unter steigenden Heizkosten. Das ist unsozial und steigert die Abhängigkeit von Vermietenden.

Menschen mit niedrigen Einkommen wohnen häufig in den am schlechtesten sanierten Gebäuden. Mit dem neuen Gesetzesentwurf heizt die Regierung die Wohnkrise an anstatt sie zu lösen.

2. Die Gas-Lobby-Politik gefährdet Klimaziele und macht uns weiter abhängig von Trump, Putin und Co.

Katherina Reiche und Jens Spahn stellen die Profite der Gaslobby über die Interessen der Bürgerinnen und Bürger, denn Heizen mit Erneuerbaren ist längst viel günstiger als



mit fossilem Öl oder Gas. Das ist ein Anschlag auf den Klimaschutz und zementiert Deutschlands Abhängigkeit von klimaschädlichen Energieimporten.

Die sogenannte Grüngasquote und Biotreppe sind Schlupflöcher für die Verlängerung der Nutzung von fossilem Gas. Das ist vor allem mitten in einer Energiekrise unverantwortlich.

3. **Das Gesetz schafft Rechtsunsicherheit**

Das Gesetz wurde nicht auf Verfassungs- und Europarechtskonformität geprüft und auch Gutachten – u. a. der CDU-Klimaunion - zweifeln an der Verfassungsmäßigkeit. Dieses schlechte Gesetz ist ein massiver Rückschritt und droht so in Karlsruhe kassiert zu werden.

Rechtsunsicherheit bedeutet Planungsunsicherheit: Trotz einer immer noch schwächelnden Wirtschaft stiftet die Bundesregierung Chaos und Unsicherheit für eine ganze Wirtschaftsbranche. Somit riskiert sie die Abwanderung von Unternehmen und den Verlust von Arbeitsplätzen.

In einem Satz

Dieser Gesetzesentwurf darf so nicht beschlossen werden, denn er ist rechtsunsicher, gefährdet bezahlbares Heizen, die Klimaziele und eine ganze Branche.

Das muss man wissen (Hintergrund)

In Deutschland heizt derzeit ungefähr die Hälfte der Menschen mit Gas und ca. 23% mit Öl. Durch die geplanten Änderungen am GEG sollen künftig wieder vermehrt Öl- und Gasheizungen eingebaut werden. Dadurch werden Menschen für ca. 20 Jahre vom Gas abhängig gemacht und sind damit auch steigenden Kosten hilflos ausgeliefert.

In Deutschland leben ca. 58% der Menschen zur Miete. Mieter*innen sind steigenden Heizkosten hilflos ausgeliefert, weil sie weder über die Art der Heizung noch den Sanierungszustand ihrer Heizung entscheiden können. Deshalb braucht es wirksame Schutzinstrumente für Mieter*innen.

Rund 16,5 Millionen Haushalte besitzen das Haus oder die Wohnung in der sie leben – das sind 42 Prozent aller Haushalte. Diese selbstnutzenden Eigentümer*innen, insbesondere diejenigen mit wenig Kapital, brauchen planungssichere Anreize und Förderung für den Umstieg auf erneuerbares Heizen, um sich vor steigenden Gaspreisen zu schützen.

Fraunhofer ISI zeigt in einer Studie, dass beim Einbau einer neuen Gasheizung statt einer Wärmepumpe Mieter*innen einer typischen Wohnung über 19 Jahre (2027 – 2045) gerechnet **18.580 €** mehr an Heizkosten zahlen könnten. **Eigentümer*innen eines typischen Einfamilienhauses könnten in diesem Zeitraum 23.746 € mehr an Heizkosten zahlen.** Die monatliche Mehrbelastung bei Mieter*innen könnte von 55 € (2035) auf 272 €





(2045) steigen. Bei den Eigentümer*innen eines Einfamilienhauses könnten sie von 73 € (2035) auf 326 € (2045) steigen.¹

Die Koalition kann die Kosten ihrer Biomethan-Träume selbst nicht beziffern. Das wird aus dem im Gesetzentwurf aufgeführten Erfüllungsaufwand sehr deutlich. Das heißt im Klartext: Die Bundesregierung kann weiterhin nicht die Kosten der Biotreppe/biogenen Brennstoffe beziffern, also: sie beschließen etwas, wo Kosten und Verfügbarkeiten ungeklärt sind und die Heizkostenfalle droht!

Laut Prognos-Berechnung bedeutet die „Bio-Treppe“ ab 2029 für Menschen mit Gasheizung, die zu den einkommensschwächsten 10 % der Bevölkerung gehören, eine Mehrbelastung von 8,62 Euro im Monat und ca. 103 Euro im Jahr. Das entspricht einer Mehrbelastung von 1 % des Jahreseinkommens. Für Bewohner*innen von besonders schlechten Gebäuden kann die Belastung bis zu doppelt so hoch sein als in durchschnittlichen Gebäuden. Für Menschen im ersten Einkommensdezil können sich so Mehrbelastungen von über 16 Euro im Monat und über 200 Euro im Jahr ergeben. Im Durchschnitt der Dezile müssen Verbraucher*innen mit Mehrkosten von 14,40 Euro im Monat und 173 Euro im Jahr rechnen.² Bei einem Lebensmittelbudget von derzeit 6,51€ pro Tag im Bürgergeld heißt das, dass theoretisch mehr als einen Tag kein Geld für Essen und Trinken überbliebe.

Durch verlängerte fossile Abhängigkeit wird auch internationale Abhängigkeit geschaffen: Im Jahr 2025 kam das Pipeline-Gas nach Deutschland zu 44% aus Norwegen, 24% aus den Niederlanden und 21% aus Belgien.³ Der LNG-Anteil lag bei rund 10% der gesamten im Jahr 2025 nach Deutschland importierten Gasmenge. Dieses importierte Flüssiggas kam 2025 fast ausschließlich (96%) aus den USA. Hier drohen neue Abhängigkeiten geschaffen zu werden.

Das Umweltbundesamt (UBA) hat in seinem Projektionsbericht zur Entwicklung der Treibhausgasemissionen für 2025 festgestellt, dass das wirksamste Instrument im Gebäudesektor das Gebäudeenergiegesetz (GEG) mit der 65%-Regel sei. Darin wird mit 12,2 Mio. t CO₂-Äq. Minderung im Jahr 2030 gerechnet (Heizungstausch und Sanierungsmaßnahmen)⁴. In aktuellen Berechnungen zeigt das Öko-Institut nun, wie sich die Klimaziellücke im Gebäudesektor durch die Abschaffung der 65%-Regel vergrößert: das Klimaziel bis 2040 wird um 108 bis 172 Mt. CO₂-Äq. verfehlt⁵ So rückt die Erreichung der Klimaziele in unerreichbare Ferne.

Eine Verfehlung der europäischen Klimaziele wird für Deutschland jedoch teuer werden. Laut Zahlen des Öko-Instituts aus dem Sommer 2025 beispielsweise belaufen sich

¹ https://www.bund.net/fileadmin/user_upload_bund/publikationen/energiewende/Berechnungen-GEG-Frauenhofer-BUND-2026.pdf

² [Kurzstudie zur Grüngasquote - Caritas & Klimaschutz](#)

³ https://www.bundesnetzagentur.de/DE/Gasversorgung/a_2025/start.html

⁴ [Treibhausgas-Projektionen 2025 für Deutschland](#)

⁵ [Auswirkungen der Eckpunkte zum neuen GebäudeModG auf die Klimaziele | oeko.de](#)





die Kosten für eine solche Zielverfehlung durch den Zukauf von Zertifikaten auf 13,5 bis 33,7 Milliarden Euro. Diese würden spätestens im Jahr 2033 fällig werden.⁶

Links zum Weiterlesen

Unsere Anträge:

Heizkostenfalle verhindern – Klima und Mieterinnen und Mieter schützen, Energieunabhängigkeit stärken: <https://dserver.bundestag.de/btd/21/060/2106006.pdf>

Wärmepumpenoffensive – Heizungsindustrie und Zukunftstechnologien in Deutschland halten: <https://dserver.bundestag.de/btd/21/033/2103317.pdf>

Antworten auf unsere Kleine Anfrage: <https://dserver.bundestag.de/btd/21/062/2106229.pdf>

Webartikel (Fachtexte):

Heizkostenfalle verhindern – Wärmewende weiterführen: <https://www.gruene-bundestag.de/unsere-politik/fachtexte/heizkostenfalle-verhindern-waermewende-weiterfuehren/>

Koalition würgt Wärmewende ab: <https://www.gruene-bundestag.de/unsere-politik/fachtexte/koalition-wuergt-waermewende-ab/>

Webartikel (Einfach Erklärt):

[Warum die neue Heizungs-Reform teuer für dich wird | Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen](#)

⁶ https://www.klima-allianz.de/fileadmin/user_upload/Dateien/Daten/Publikationen/Positionen/2025_06_30_ESR_Factsheet_clean.pdf